

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

29.1.1921 (No. 24)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 903  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3516.

Verantwortl.:  
Hauptredakteur  
E. A. M. e. b.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

**Preis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenrabatt gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. In besonderen Fällen kann der Rabatt höher sein. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaat- und Manuskripten werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Die Pariser Konferenz.

Das Ergebnis der Pariser Konferenz liegt noch nicht vor, und es war bisher fraglich, ob man überhaupt zu einem wirklich tragfähigen Ergebnis gelangen werde. Der Vorschlag Loucheurs, der der Konferenz heute unterbreitet werden soll, wird, wenn wir aus dem bisherigen Verlauf der Beratungen bestimmte Schlüsse ziehen dürfen, ein solches Ergebnis nicht ermöglichen.

Wenn es sich bestätigen sollte, daß Briand in der Tat der Presse mitgeteilt hat, die Konferenz am heutigen Samstag werde jenen Vorschlag ratifizieren, diese Ratifizierung sei aber nur noch eine Formalität, die keine Schwierigkeiten mehr biete, da die Alliierten in allen Punkten einig seien, so gibt es nur zwei Möglichkeiten der Erklärung: entweder hat Briand diese „Einigkeit“ ganz falsch aufgefaßt und irrtümlich dargestellt, oder Lloyd George ist völlig umgefallen.

Solange wir nicht eine amtliche Bestätigung der Richtigkeit der Äußerungen von Briand in der Hand haben, werden wir an einen derartigen Umfall des britischen Ministerpräsidenten nicht glauben. Denn es wäre so ziemlich das Tollste Stück, das sich jemals ein verantwortlicher Staatsmann geleistet hat, wenn Lloyd George, der bisher den französischen Standpunkt als in jeder Hinsicht verderblich bekämpft hat, sich nunmehr über Nacht zu einer Unterwerfung unter diesen Standpunkt entschlossen haben sollte.

Der Vorschlag Loucheurs, der, wie es heißt, von dem kleinen Ausschuss der Konferenz angenommen wurde, geht nämlich über die berücksichtigten Forderungen des jetzigen französischen Finanzministers Doumer — Forderungen, die in ihrer Ungeheuerlichkeit bereits das Fremden Lloyd Georges erregt haben —, noch hinaus. In Boulogne war f. Bt. von 100 Milliarden Goldmark die Rede, und zwar wurde diese Summe von französischer Seite genannt. Man kann sich das Erstaunen Lloyd Georges vorstellen, wenn jetzt von Doumer 212 Milliarden Goldmark verlangt werden. Nach dem Vorschlag Loucheurs sollen es aber nun gar 238 Milliarden Goldmark sein. Im ersten und zweiten Jahr hätten wir je zwei, im dritten Jahre drei, im vierten Jahre vier, im fünften Jahre fünf, im sechsten Jahre sechs und in den folgenden Jahren wiederum sechs Milliarden Goldmark zu zahlen, so daß die Gesamtsumme in 42 Jahren abgetragen wäre. Außerdem soll auf Deutschlands Ausfuhr eine Steuer von 12 1/2 Prozent gelegt werden. Diese Bestimmung verfolgt den von französischer Seite offen eingestanden Zweck, Frankreich reich zu machen, Deutschlands Reichum aber für die Zukunft zu vermindern.

Nun, wenn wirklich die Pariser Konferenz diese einfach verrückten Forderungen Loucheurs annehmen sollte, so brauchen wir mit der Entente wohl nicht weiter zu verhandeln. Wir könnten dann nach dem Muster des letzten Königs von Sachsen zu der Entente sagen: Macht oder halt euch euren Dreck alleine; wir danken bestens dafür, mit „Staatsmännern“ diskutieren zu müssen, die allem Anschein nach nicht mehr ganz klaren Kopfes sind. Wenn das das Ergebnis der Pariser Konferenz sein soll, daß wir zu einem Volk von Sklaven herabgewürdigt werden, die für den französischen Reichum sich abschnitten, ohne jemals selbst die Aussicht auf ein bescheidenes Lebensglück zu haben, so ist jedes Wort und jeder Federzug verschwendet, den wir an die ganze Angelegenheit wenden. Dann möge das Chaos über Europa hereinbrechen!

Alles dies sagen wir natürlich in der Voraussetzung, daß jener aberwitzige Vorschlag wirklich angenommen werden sollte. Einstweilen vermögen wir an einen derartigen Akt mörderischen Wahnsinns nicht zu glauben. Wenn das Ganze aber nur ein französischer Versuchsballon sein sollte, der den Zweck hat, Deutschlands Stimmung zu erschüttern, so mögen die eben von uns ausgesprochenen Sätze zur Kennzeichnung dieser Stimmung dienen!

Einstweilen stehen wir jedenfalls vor einem Rätsel. Sollte Briand wirklich derartige Dinge mitgeteilt haben, ohne der Zustimmung Lloyd Georges sicher zu sein? Wie wäre dann aber dieser völlige Umfall Lloyd Georges zu erklären? Deswegen Lloyd George, der sich in den letzten Tagen mit allem Nachdruck gegen die französischen Forderungen ausgesprochen und bei dieser Gelegenheit

betont hat, daß die Wiedergesundung Deutschlands im europäischen Interesse liege, und daß man Deutschland diese Wiedergesundung nicht erschweren, sondern erleichtern müsse.

Daß Lloyd George noch in der letzten Stunde eine Nachgiebigkeit gegenüber den französischen Wünschen zuzutrauen ist (wenn auch vielleicht nicht ein derartiger katastrophaler Umfall), und daß man in Berlin schon in den letzten Tagen die Situation in Paris keineswegs optimistisch betrachtet hat, ergibt sich aus folgendem, vom 28. Januar datierten Berliner Artikel der „Reichskorrespondenz Nord-Süd“, den wir, weil er auch sonst noch manche interessante Bemerkung enthält, hier zum Abdruck gelangen lassen. Der Artikel lautet:

„Die Verhandlungen der Pariser Ministerkonferenz bringen es uns wieder mit aller Schärfe zum Bewußtsein, daß wir nicht mehr Herren unseres Schicksals sind, sondern über uns ergehen lassen müssen, was in einem fremden und feindseligen Rate beschlossen und verhängt wird. Es scheint ja erfreulicherweise, als ob in der Entente die schroffe französische Standpunkt nicht durchdringen wollte, obwohl er, mandem Illusionisten zu schmerzlicher Überraschung, gerade auch von dem italienischen General unterstützt worden ist; aber grundsätzlich ist eben nicht viel gewonnen, wenn unter dem Einfluß von Lloyd George für Bayern und für Ostpreußen eine Verlängerung der Termine um etliche Monate zustande kommt. Diese Monate werden rasch vergehen, und dann werden die Dinge wieder ziemlich ebenso liegen, wie jetzt.

Allerdings sollte man meinen, daß die Gründe, die nach französischen Blättermeldungen für die Haltung des englischen Premierministers bestimmend gewesen sein sollen, nämlich die Möglichkeit von deutschen Arbeiter- oder Nichtarbeiterunruhen, die auf das Erwerbslosentum in England einen unerwünschten Einfluß und Anreiz üben könnten, auch in einigen Monaten noch nicht erheblich an Gewicht verloren haben werden; denn, wenn schon die Frühjahrszeit von jeder als besonders kritisch gegolten hat, ist doch nicht damit zu rechnen, daß Stimmungen und Verhältnisse bei uns sich gegen den Sommer wesentlich gebessert haben sollten.

Andererseits ist es leider sehr wahrscheinlich, daß diese kleinen Zugeständnisse eine umso größere Zähigkeit und Hartnäckigkeit in den übrigen zur Verhandlung stehenden Fragen zur Folge haben werden. Bisher ist es wenigstens immer so gegangen, daß England, wenn es in einem Punkte seinen Willen durchgesetzt hatte, in den anderen umso nachgiebiger gegen die französischen Wünsche sein zu müssen geglaubt hat; die Verständigung erfolgte dann umso gewisser auf unserem Rücken, und wir mußten das geringfügige Entgegenkommen teuer bezahlen.

Es ist sehr zu fürchten, daß die Dinge auch diesmal wieder so oder so ähnlich laufen werden. Im Augenblick sieht man gerade in den wichtigsten Fragen noch nicht recht klar, wenn auch mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Staatssekretär Bergmann die Zusicherungen, von denen einzelne ausländische Blätter sprechen, nicht gemacht haben kann, während er andererseits an den belantem Voraussetzungen für jede nennenswerte gelbliche Verpflichtung und Leistung Deutschlands streng festgehalten haben wird.

Was man aber ganz sicher weiß, ist, daß die französische Mentalität sich mehr und mehr auf den Gegensatz zwischen dem „bequem und behaglich lebenden Deutschland“ und dem aus tausend Wunden blutenden, vom Bankrott bedrohten Frankreich einzustellen beginnt, den Briand in seiner Kammerrede so breit ausgemalt, und für das der Reparationsminister Loucheur das lapidare Wort von dem „üppigen Deutschland“ geprägt hat.

Der Kampf gegen diese unglaubliche Verdrehung der wirklichen Verhältnisse wird um so schwieriger sein, als es ja leider Gottes in Deutschland gewisse Erscheinungen eines häßlichen und würdelosen Schlemmerlebens gibt, von denen die Mitglieder der zahllosen Ententekommissionen natürlich sehr viel mehr sehen, als von der wachsenden Not in unserem ganzen Mittelstand, von dem langsamen Verhungern der kleinen Rentiers und der Erwerbsunfähigen, von dem namenlosen Wohnungselend der unteren Schichten in den Großstädten und der grauenvollen Kindersterblichkeit. Und wenn es gewiß einen überaus schlechten Eindruck macht, daß z. B. die Statistik des Schaumweinverbrauchs für 1919 höhere Zahlen aufweist, als für 1913, so steht doch unzweifelhaft fest, daß nicht das „deutsche Volk“ diesen Champagner trinkt, sondern das große Landfremde Heer, das Deutschland überflutet, zusammen mit einigen tausenden eingeborenen

Schieber und Duzer. Wenn es aber ein Mittel gibt, um diesem Treiben Einhalt zu tun, so werden wir der Entente gewiß dankbar sein, wenn sie es uns nennen will. Wir bemühen uns schon jetzt, uns jede überflüssige Einfuhr vom Leibe zu halten, nur daß man uns gerade in Frankreich das Fernhalten dieser Luxuseinfuhr bisher stark verübelt hat.

Und wenn die Entente keine Mittel weiß, diesen Erscheinungen zu begegnen, so müßten wir eins. Man befreie uns doch von der in ihrem jetzigen Umfang geradezu wider sinnigen Besatzungslast! Graf Max Montgelas hat dieser Tage in einem außerordentlich bemerkenswerten Artikel die Kosten der Besatzung auf jährlich 20 Milliarden herabgerechnet. Hier liegt also das Geld, das Frankreich zur Herstellung des Gleichgewichts in seinem Staatshaushalt braucht, sozusagen auf der Straße! Und in dem Freiwerden dieser Riesensummen, die man wirklich für nützlichere Dinge verwenden könnte und sollte, läge noch nicht einmal die einzige günstige Wirkung eines solchen Entschlusses; eine andere kaum minderwichtige würde auf seelischem Gebiete liegen. Die Entente würde mit einem Schlage nicht nur die ewigen bitteren und verbitternden Klagen loswerden, die doch nicht verstummen können, so lange die Dual der Besatzung und die kulturwidrigen Zustände andauern, die sie schafft — nicht allein, aber in unerträglichem Maße durch die Beteiligung der farbigen Truppen! Eine Rückkehr zu kultur mäßigen Verhältnissen auf diesem Gebiet läge aber wirklich nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern in dem gemeinsamen Interesse Europas, Frankreichs eingeschlossen.“

### Politische Neuigkeiten.

#### Die gemeinsame Lösung gefunden?

Über das Ergebnis der Ausschussitzung der Pariser Konferenz berichtet ein Telegramm der „W. Pr.“ unterm heutigen Datum:

Die Ausschussitzung des Kleinen Ausschusses der Konferenz wurde eine halbe Stunde nach Mitternacht geschlossen. Es wurde wiederum kein Kommuniqué ausgegeben, da es sich ja nur um eine Ausschussitzung handelt. Dagegen teilte Briand den Journalisten mit, daß der Ausschuss beschlossen habe, der Konferenz folgenden Vorschlag von Loucheur zu unterbreiten: „Deutschland soll während 42 Jahren Jahresraten zahlen, die sich wie folgt gestalten: Im ersten und zweiten Jahr je 2, im dritten 3, im vierten 4, im fünften 5, im sechsten 6, und in allen folgenden Jahren wiederum 6 Milliarden Goldmark, so daß im ganzen 238 Milliarden Entschädigung gezahlt werden. Außerdem soll auf Deutschlands Ausfuhr eine Steuer von 12 1/2 Prozent gelegt werden. Diese Bestimmung entspricht dem Gedanken, daß nicht nur Frankreich reich werden soll, sondern auch, daß künftig Deutschlands Reichum vermindert werden soll. Als Zwangsmassnahmen sind die Pfändung derolleinnahmen des Reiches in Aussicht genommen. Briand schloß mit den Worten: „Ich kann Ihnen versichern, daß die gemeinsame Lösung jetzt gefunden worden ist, daß also die Konferenz am Samstag nur noch den Vorschlag des Kleinen Ausschusses zu ratifizieren haben wird, eine Formalität, die keine Schwierigkeiten mehr bietet, da die Alliierten in allen Punkten einig sind.“

#### Die französisch-englischen Unstimmigkeiten.

Über die Unstimmigkeiten, die in den letzten Tagen noch in Paris geherrsch haben, wird nachträglich noch folgendes bekannt:

Die Berichte über den Gergang der Konferenzsitzung am 26. d. M. sind nicht sehr klar. Nach dem Antrag Doumers, Deutschlands Schuld auf 200 Milliarden festzusetzen, war es wiederum Lloyd George, der seinem Erstaunen Ausdruck gab. Er sagte nach einem Telegramm der „W. Pr.“ mit einiger Verbitterung: Frankreich ist natürlich Hauptinteressent an der Entschädigungszahlung, aber es genügt doch nicht, zu sagen, Deutschland kann, will und muß zahlen. Wir haben noch niemals ein solches Schuldsystem entworfen, ohne die Mittel zu erörtern und klarzulegen, mit denen es verwirklicht werden kann. Haben Sie auch hinsichtlich der Mittel zur Verwirklichung praktische Anregungen zu geben?

Doumer erklärte darauf: Deutschland ziehe aus seinem Export bereits bedeutende Summen. Von diesen könne es zehn Milliarden an die Alliierten abgeben und aus seinen sonstigen Einnahmen noch zwei Milliarden, sodas für die Wiedergutmachung jährlich 12 Milliarden Mark zur Verfügung ständen, von denen Frankreich 55 v. H. zu beanspruchen habe.

Lloyd George entgegnete: Wenn man Deutschland seine Exporteinnahmen wegnimmt, so kann es nicht mehr importieren; sein Außenhandel hört sogleich auf und es wäre wieder nicht zahlungsfähig. Er fügte nach einer Pause hinzu: Man muß etwas anderes suchen. Kommen Sie mit einem noch besseren studierten Vorschlag wieder. Damit war auch diese Sitzung ergebnislos zu Ende.

Ministerpräsident Briand hat am Donnerstag, wie jetzt bekannt wird, nach Schluß der Nachmittagsitzung der Konferenz den Vertretern der Pariser Presse einen förmlichen Verweis erteilt wegen ihrer indisziplinierten Berichterstattung über die Konferenzverhandlungen. Es handelt sich um folgenden Vorgang:

Mit einer Beilage: 8. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Am Montag, als Marschall Koch seinen Bericht über die mangelhafte Durchführung der Entwaffnung Deutschlands erstattete, und in einem Nachwort die Notwendigkeit betonte, Deutschland durch Bedrohung mit bestimmten Strafmaßnahmen wie der Besetzung des Ruhrgebiets, zu zwingen, verließ Lloyd George die Geduld und machte die Bemerkung, daß derartige politische Betrachtungen nicht zur Kompetenz der militärischen Sachleute gehören. Das „Echo de Paris“ erzählte den Vorfall, worauf Lloyd George sich bei Briand darüber beklagte, daß derartige Indiskretionen begangen werden könnten, die seine Teilnahme an einer neuen Konferenz in Paris unmöglich machen würden. Marschall Koch hat übrigens seine Verstimmung über die Bemerkung Lloyd Georges in der Montagabend Sitzung der Konferenz nicht verheimlicht. Am Montagabend hatte der Präsident der Republik Millerand die Mitglieder der Konferenz zu einem Diner eingeladen; der Marschall Koch blieb zu Hause. Das „Echo de Paris“ lehnte gestern die Vorwürfe ab, die es sich durch seine Indiskretion zugezogen hat. Es macht die Berufspflicht der Presse geltend, die öffentliche Meinung zu unterrichten. Es wäre, so bemerkt die „Presse“, interessant zu erfahren, ob dem „Echo de Paris“, dem Organ der französischen Militärpartei und Großindustrie seine Nachrichten aus dem Kriegsministerium oder dem Ministerium des Äußeren zufließen.

Nach Bertinax hat Briand Lloyd George mit einer französischen Ministerkrisis gedroht, worauf Lloyd George erklärt habe, das sei ein Grund mehr, um ein für alle Male zum Schluß zu kommen. Er habe konkrete Vorschläge gemacht, die im Abkommen von Boulogne enthalten seien. Briand habe aber nichts Positives vorgebracht. Wenn man bei diesen Meditationen bleibe, werde die englische Delegation abreißen.

Nach einer Sabasmeldung sieht der Bericht des Marschalls Koch in der Entwaffnungsfrage als Zwangsmaßnahmen nicht nur die Besetzung neuen deutschen Gebietes, sondern auch die Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes vor, falls die gewährten Fristen für die Ausführung der militärischen Klauseln nicht eingehalten werden.

### England als Gläubiger der Alliierten.

\* Für Zugeständnisse in der Frage der Ungültigkeitserklärung der von den Alliierten an England geschuldeten Summen trat, wie aus London gemeldet wird, der Vorsitzende der Barclay-Bank auf der Jahresversammlung der Bank ein. Er erklärte in seiner Rede, in der er die Ansicht der englischen Bankwelt über die augenblickliche Finanz- und Handelslage zum Ausdruck brachte, solange die heimgesuchten Länder auf keine gesunde Finanzgrundlage gestellt würden, seien ihre Märkte verschlossen. Großbritannien müsse in dieser Frage die Führung übernehmen. Es würde sich für England lohnen, mit Bezug auf die von den Alliierten-Regierungen England geschuldeten Beträge Zugeständnisse zu machen. Ein finanzieller Völkerverbund müsse das Ziel sein, in dem alle Länder vertreten seien, die in der Lage seien, zu helfen. Es sei notwendig, daß Deutschland zu einer gesunden Finanzgrundlage zurückkehre. Mit dem Wiedereintritt Deutschlands und anderer Länder in die Produktion werde sich England einem großen zunehmenden Handelswettbewerb gegenüber gestellt sehen.

In einem Leitartikel nimmt die „Daily News“ zu den Erklärungen des englischen Finanzmannes Stellung und nennt die Vorschläge bezüglich einer teilweisen Streichung der England von den Alliierten geschuldeten Beträge beachtenswert, da durch eine solche Streichung der Alliierten-Schulden nicht nur die Finanzlagen Englands, sondern auch Frankreichs, Italiens und Belgiens wesentlich erleichtert würden, was günstig auf andere Länder, England einbezogen, einwirken müsse und auch ein Beweis der Treue Englands sein werde, der die Stellung Englands in den englisch-französischen Verhandlungen über die deutsche Reparationsfrage sehr vorteilhaft würde.

### Die Abstimmung in Oberschlesien.

Reichsminister Dr. Simons empfing gestern den Vertreter des Volksbüros zu einer Aussprache über die Abstimmung in Oberschlesien, wobei er die Stimmung der deutschen Bevölkerung durchaus zuversichtlich nannte. Es herrsche die Überzeugung, daß bei einer dem Friedensvertrag entsprechenden, also einer freien, geheimen und unbeeinflussten Abstimmung der gesunde Sinn der Bevölkerung diese zum Votum für Deutschland führen werde. Man erwarte überall mit Bestimmtheit, daß die interalliierte Kommission sofort alle ihre Machtmittel anwenden wird, um geordnete Zustände herzustellen. Die Reichsregierung wird es jedenfalls wie bisher an nichts fehlen lassen, um auf die Herbeiführung geordneter Verhältnisse in Oberschlesien hinzuwirken und eine ruhige Abstimmung zu sichern. Pflicht der abstimmungsberechtigten Be-

### Landestheater.

#### Der Wildschütz.

In der gestrigen Wiederholung des Vorjahrschen „Wildschütz“ bewarb sich Herr Alfred Glatz vom Stadttheater in Trier als Schulmeister Vaculus um das Fach des Volkshuffos an unserer Bühne. Der Gast spielte und charakterisierte gewandt und humorvoll, ohne mädchenhafte Übertreibungen. Auch das Singen hat er offenbar gelernt, doch scheint mir sein stimmliches Material nicht auszureichen. Sein Organ klingt hart und spröde, in der Höhe brüchig und vielleicht auch nicht kräftig genug. In Partien seriöser Einschlags wie etwa dem Figaro, dürften diese Eigenschaften noch in bedenklieherer Maße in Erscheinung treten. Vor einer überreifen Verpflichtung des Künstlers ist jedenfalls zu warnen. E. K. f.

### Fidus über seine Werke.

Am letzten Mittwoch ist Fidus hierher gekommen, um uns von Malern und Bildern zu erzählen, und uns im Lichtbild einen Überblick über sein Schaffen zu geben. Wer hätte das besser tun können als der Künstler selbst, der nicht nur Maler sondern auch Dichter ist, der nicht nur mit Linien und Farben zu uns sprechen kann sondern auch mit Worten voll schönen Klangs und tiefen Sinns. Fidus ist in allem, was er tut und spricht, Künstler, nicht nur wenn er den Pinsel in der Hand hat und vor der Leinwand steht. Fidus will vor allem Mensch sein im schönsten Sinn des Wortes. Darum ist sein Wirken und Schaffen ein Ringen und Kämpfen in einer Zeit des Materialismus und Mammonismus. Er ist ein abgequater Feind der Stadt, in der sich die Kräfte der Zeitströmung am trassiesten auswirken. Aber er flüchtet auch nicht hinter Klostermauern, sondern steht im Leben und wirkt und wirkt, um sein Ziel, um eine von ihm erhoffte neue Welt zu schaffen.

Auch sein Vortragsabend war nicht nur den Fragen der bildenden Kunst gewidmet, sondern weitete sich aus zu einer Darlegung seiner Gedanken und Ziele und wurde ein

völkering sei es aber, auch ihrerseits zu helfen, die Abstimmung zu einem guten Ende zu führen. Die Termine für die Eintragung in die Listen sind sehr knapp bemessen. Die Frist für die Eintragung läuft am 3. Februar ab. Es darf keine Stunde für die Anmeldung verlorengelassen werden. Wer die rechtzeitige Anmeldung unterläßt, verliert damit unwiederbringlich die Möglichkeit, später an der Abstimmung teilzunehmen und es wird ihm der schwere Vorwurf treffen, seine Heimat in der Schicksalsstunde im Stich gelassen zu haben.

### Deutscher Reichstag.

Der Steuerauschuß des Reichstags beriet weiter über die Einkommensteueranleihe. Reichsfinanzminister Dr. Wirth legte das Material über den Ausbau des Lohnabzuges zu einer Lohnsteuer vor. Die Regierung gab die Notwendigkeit dieses Ausbaues zu. Der Vertreter Preußens glaubte, daß es möglich sein müßte, die Einkommensteuer für das 1. Vierteljahr 1920, in welchem die Steuerhöhe des Reiches noch nicht bestanden hatte, mit zu erheben und zu berechnen. Schließlich wurde ein Unterausschuß errichtet und die Weiterberatung auf Samstag verlagert.

### Reichsmittel für Wohnungsbau.

Das Reichsarbeitsministerium teilt folgendes mit: Bei den 925 Millionen Mark, die der Hauptauschuß des Reichstags kürzlich zur Förderung der Neubautätigkeit und der Fertigstellung angefangener Bauten bewilligte, handelt es sich nicht etwa um neue Mittel. Der Betrag von 925 Millionen Mark ist vielmehr in verschiedenen Beträgen im Laufe des Rechnungsjahres 1920 durch die einzelnen Ministerien bewilligt worden. Die neueste Bewilligung betrifft lediglich die endgültige Einstellung des Betrages in den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums für 1920. Die 925 Millionen sind bereits an die einzelnen Länder zur Unterfertigung der 1919/20 in Angriff genommenen Bauten verteilt worden. Die Beträge sind bereits restlos verbraucht. Ob und welche Mittel das Reich der Förderung des Wohnungsbau im Jahre 1921 bereit stellen kann, hängt davon ab, ob die Verhandlungen über die Deckung zu einem befriedigenden Abschluß kommen.

### Das Gesetz über die Betriebsbilanz.

\* Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages setzte die Beratung eines Gesetzes über die Betriebsbilanz fort. Nach einer Aussprache über den Begriff der „Betriebsbilanz“ wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien, der von allen nichtsozialistischen Parteien gestellte Kompromißantrag angenommen, für den § 1 folgenden Wortlaut festzusetzen: „Die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 vorzulegende Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen geltenden gesetzlichen Bilanzgrundlagen die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens darzulegen lassen, daß sie für sich allein, ganz unabhängig von anderen Umständen, eine Übersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmens bleibt hierbei außer Betracht.“

Hinzugefügt wurde ein § 1a: „Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahr vorgenommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung auszuweisen. Gehten zu dem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage im einzelnen erläutert werden.“

Die übrigen drei Artikel der Regierungsvorlage, die mehr formelle Bedeutung haben, wurden unter Streichung der Bestimmung angenommen, daß die Vorschriften für Bilanzen wie für Gewinn- und Verlustrechnungen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes schon aufgestellt waren, keine Anwendung finden. Die Bilanzen für das Geschäftsjahr 1920 sind demnach dem Betriebsrat vorzulegen.

### Der Deutsche Offizierbund.

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir folgendes: Der Deutsche Offizierbund ist die Organisation, der der größte Teil der Reichswehroffiziere angehört. Seine Stellungnahme beeinflusst daher in hohem Maße den Geist des republikanischen Heeres. Der Bund tritt aber daneben auch an die breite Masse der ehemaligen Offiziere des Wehrdienstes, an alle Kriegsteilnehmer, mit Werbeschriften heran, in denen er pathetisch seine parteipolitische Neutralität

betont. Nur ehemalige Kameraden, die auf „Umsturz“ sitzen, will er nach dem Wortlaut dieser wertheligen Einladungen nicht in seine Reihen aufnehmen. Dann bekommen die diese Geworbenen wöchentlicher das „Deutsche Offizierblatt“ zugesandt, von dem man wohl hofft, daß es die inneren Angelegenheiten der Mitglieder an den Geist der Bundesleitung vollzieht. Wie dieser Geist beschaffen ist, ergibt sich aus einem Aufruf in der neuesten Nummer des „Offizierblatts“ vom 27. Januar. Man kann es verstehen, daß der Offizier an diesem Tage des Mannes gedenkt, dessen Gefolgsmann er so lange war. Gatte der „Lohale“ und „parteinutrale“ Offizierbund dem Tage einige ernste, würdige und korrekte Worte gemeldet, so würde man das verstanden haben. Wenn die einleitenden Worte des Aufrufs lauten: „Am 27. Januar gedenkt der D. O. B. in tiefer Ergebenheit Seiner Majestät des Kaisers, unseres obersten Kriegsherrn in glorreicher Zeit“, — so könnte man noch der Ansicht sein, daß der Beisatz der jetzigen Staatsform Rechnung tragen sollte. Aber aus dem darauf folgenden Absatz ergibt sich klar die monarchistische Tendenz. Wenig tapferer Zweideutigkeiten, wie der folgende Satz, vollenden das Bild: „Es wird aber auch die Zeit kommen, wo selbst der Verblichene erkennen wird, was das Haus Hohenzollern für das Deutsche Reich und für das deutsche Volk bedeutet.“ Wenn es sich dabei noch wenigstens um einen aufrechten und stolzen Monarchisten handeln würde, für den auch der aufrechte Republikaner Verständnis haben kann! Aber Serbilitäten und Geschichtsfälschungen ad maiorem principis gloriam, wie der Satz: „Wenn die deutsche Armee die beste war, die die Weltgeschichte je gesehen hat, so ist das in erster Linie sein (Wilhelms II.) Verdienst“, erinnern an die übelsten Zeiten byzantinisch-undeutscher Vergangenheit. Ist das der Geist, der in der jungen Reichswehr herrschen soll? Und alle alle Mitglieder, die auf ganz andere Verfassungen hin dem Offizierbund beigetreten sind, mit dieser Gefinnung einverstanden?

Reventlow über Trebitsch Lincoln. Von Lincoln Trebitsch, dem vielseitigen und wandlungsfähigen Propagandachef der Kappregierung, wurde vor einigen Tagen in der Presse mitgeteilt, er habe jetzt wieder bei der anderen Seite Anschluß gefunden und Ententeblättern sein Wissen um die dunklen Klänge des Obersten Bauer und noch einige Dinge mehr um schweres Geld verkauft. Einen bemerkenswerten Beitrag zur Charakteristik gibt aber jetzt Graf Reventlow in seiner alldeutschen Wochenchrift „Der Reichswart“. „Man lieh“, so schreibt er, „diesen Justizminister, der für Geld bald der einen, bald der andern Seite Spionendienste zu leisten gewohnt war, den Respekt, daß dem Ausland übernehmend, ein Schauspiel, das an den Hauptmann von Köpenick, freilich in wenig harmloser Form, erinnerte.“ Oberst Bauer sei es nicht gewesen, der Lincoln Trebitsch diese Rolle zugewiesen habe; aber immerhin habe er ihm besonders fest vertraut und zwar noch lange nachher. Reventlow erklärt zum Schluß, das Kapitel Trebitsch sei kein Ruhmesblatt, im besonderen nicht für das Reich politischer Einsicht und Menschenkenntnis bei Leuten, von denen man beides hätte erwarten müssen.

### Kurze polit. Nachrichten.

\* Preisentzug für Lebensmittel? Wie zuverlässig sein lautet, ist für die nächsten Wochen in Bayern ein merkwürdiger Preisrückgang der Eier, Butter, des Fleisches und der Käse zu erwarten. Die Preisentzug dürfte, wie in einem Münchener Telegramm des „Bad. Beobachter“ bemerkt wird, alsbald auf Württemberg und Baden und später auch auf das übrige Reich übergreifen.

\* Dementi. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt in einem Artikel zur Entschädigungsfrage: Da vor der Erörterung der Höhe der Jahreszahlung überhaupt erst die Möglichkeit und Vorbedingungen dazu untersucht werden müssen, sind Darlegungen, wie sie sich in englischen Blättern finden, Staatssekretär Bergmann habe von Zahlungen in Höhe von zwei Milliarden Goldmark jährlich gesprochen, völlig unrichtig und entsprechen nicht den Tatsachen. Staatssekretär Bergmann, der überhaupt keinerlei Siffern erwähnt hat, hätte den Betrag von zwei Milliarden schon deshalb niemals nennen können, weil eine solche Zahl völlig über den Rahmen des überhaupt Denkbaren hinausgeht.

\* Ungültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen. Der Bezirksauschuß Berlin erklärte in Sachen der Klage der Deutschen Volkspartei gegen die Berliner Stadtverordnetenversammlung wegen Ungültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen usw. sich dahin, daß die Berliner Stadtverordnetenwahlen ungültig zu erklären sind, dagegen die Wahlen der Bezirksverordneten in 20 Berliner Verwaltungsbezirken für gültig. Die Kosten wurden zu einem Zehntel den Klägern, zu neun Zehnteln der beklagten Stadtverordnetenversammlung auferlegt. Das Streitobjekt wurde auf 5000 M. bemessen. Die Stadtverordnetenversammlung wird gegen dieses Erkenntnis sofort Berufung an das Oberverwaltungsgericht einlegen.

\* Die Tiroler Abstimmung. Die vom Tiroler Landtag beschlossene Abstimmung über die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich soll am letzten Sonntag im Februar stattfinden.

### Badische Ueberlicht.

#### \* Badische Wochenrückblicke.

##### Oberschlesien.

Mit erfreulicher Enthusiasmus ist auch in der Presse unseres Landes Tag für Tag in den letzten Wochen und Monaten die Überzeugung zum Ausdruck gelangt, daß Oberschlesien dem Reich erhalten bleiben müsse. Die Erkenntnis, daß es sich hierbei geradezu um eine Lebensfrage für unser Staats- und Wirtschaftsleben handelt, beherrscht nicht nur die politisch in erster Linie interessierten Kreise, Regierung, Parteien und Presse, sondern man darf wohl sagen: die gesamte Bevölkerung der Südwestdeutschen Welt. In praktisch-vorbildlicher Weise hat ein bekanntes großes Mannheimer Unternehmen, die Firma Brown, Boveri u. Cie. ihr Verständnis gezeigt. Die Firma gewährt den stimmberechtigten ober-schlesischen Arbeitern und Angestellten ihres Betriebs Ersatz der Reisekosten und garantiert Lohn und Gehalt für die ausgefallene Arbeitszeit. Eine Anrechnung auf den tarifmäßigen Gehaltsurlaub findet nicht statt. Es wäre im vaterländischen Interesse zu begrüßen, wenn dieses dankenswerte Beispiel von allen Behörden und Arbeitgeberern aus Handel, Industrie und Gewerbe nachgeahmt würde.

Eine rege Ausklärungsstätigkeit haben auch die in Baden bestehenden Vereine der Oberschlesier entfaltet, und es ist wohl anzunehmen, daß kein Abstimmungsmitglied in unserer Lande über die Unerläßlichkeit seiner Stimmabgabe mehr im Zweifel ist. Dagegen herrscht nach mehrfachen Wahrnehmungen bei Oberschlesien noch vielfach Unkenntnis darüber, daß die Frist für die Eintragung in die Stammlisten am 3. Februar 1921 abends 6 Uhr endet. Es ist darum

amlicherseits dieser Tage, nochmal darauf aufmerksam gemacht worden, daß verspätet eingehende Anträge auf Eintragung in die Listen des Abstammungsrechtes verlußtig geben. Wir möchten diese wichtige Tatsache hiermit auch an dieser Stelle unterstreichen und damit zugleich der Hoffnung Ausdruck geben, daß am Abstimmungstag keine Stimme fehlen und somit das Abstimmungsresultat zugunsten Deutschlands gesichert sein möge.

### Zum Überfall in Eberbach.

Die Stadt Eberbach ist bekanntlich vor 8 Tagen der Schauplatz eines Vorfalles geworden, wie er bezeichnender und beschämender kaum gedacht werden kann. Zwei amerikanische Detachments hatten den Aufenthalt zweier Deutschamerikaner ausprobiert, die sich gewisigermaßen gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, daraufhin zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, und sich der Strafe durch die Flucht entzogen hatten. Beide Flüchtlinge sind badische Staatsbürger. Das hinderte jedoch die Verfolger nicht, sich mit Ausweisen des amerikanischen Botschafters in Eberbach zu versehen, im Automobil auf badisches Gebiet einzudringen und mit Unterstützung mehrerer deutscher (1) Helfershelfer die beiden Opfer ihres vaterländischen Empfindens — deutsche Staatsbürger auf deutschem Boden! — mit Pistolen, Handschellen und Bestäubungsmitteln ausgerüstet, mitten in einer Hochzeitsgesellschaft zu überfallen, in der Absicht, sie ins besetzte Gebiet zu verschleppen. Sie hatten dabei die Gewissenlosigkeit, bei dem Versuch der Deutschen, sich dem heimtückischen Überfall zu entziehen, einen Schuß abzugeben, (in einem Bericht heißt es sogar, daß davonfahrenden Hochzeitswagen einige scharfe Schüsse nachzufinden), und dadurch einen der Hochzeitsgäste zu verwunden. Die Täter wurden von Zivilpersonen festgenommen. Der Bevölkerung hatte sich angesichts des empörenden Vorfalles eine solche Erregung bemächtigt, daß die Gendarmen die Verhafteten nur mit Mühe vor Mißhandlungen zu schützen vermochten. Der Überfall hat größtes Aufsehen erregt und gab auch Anlaß zu einer förmlichen Anfrage an die Regierung im Landtag, in deren Beantwortung der Minister des Innern u. a. mitteilte, daß die Staatsanwaltschaft sich mit der Angelegenheit befaßt und daß das Staatsministerium mit dem zuständigen Amt in Verhandlungen eintreten werde. Mit Recht bemerzte der Minister dabei u. a., daß der Vorgang dieses Überfalls auf deutschem Boden, ohne daß nach Behörden und Gesetz gefragt wurde, die ganze Ehre Deutschlands zeige. Besonders scharf verurteilte er es, daß sich Deutsche dazu hergeben, ein solches Handwerk durchzuführen. Aus der Mitte des Hauses wurde dieses Urteil noch unterstrichen, so feingedachte der Abg. Schöfer die Personen, die sich, trotzdem sie Deutsche sind, zu dem traurigen Handwerk hergeben, als Schulte und Luppe. Wir glauben, daß sich wohl in ganz Baden niemand finden wird, der dieser Charakterisierung widerspricht.

### Rund 48 Millionen für Wohnungsbauten.

hat der Heidelberger Bürgerausschuß in seiner jüngsten Sitzung bewilligt. Mit Hilfe dieser in der Geschichte der Redaktionsstadt noch nicht dagewesenen Kreditbewilligung sollen im Laufe des Jahres 1921 drei große Wohnungsbauprojekte verwirklicht werden, die insgesamt die Schaffung von 555 neuen Wohnungen in Miets- und Kleinhäusern vorsehen. Es handelt sich dabei um 21 vier- bis fünfstöckige Wohnhäuser im Stadtteil Sandshühlsheim mit 202 Wohnungen und einer Kostensumme von 18 Millionen, um die Errichtung von 193 neuen Wohnungen in kleineren (zweistöckigen) Häusern in der im vergangenen Jahr angelegten Siedelung Pfaffengrund mit einem Aufwand von rund 15 Millionen, ferner um eine neue, 46 Wohnungen umfassende Siedelung am Westrand von Sandshühlsheim mit 4 Millionen Baukosten, um 26 Mietshäuser im Stadtteil Wieblingen für 2½ Millionen sowie eine Anzahl von Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen. Die nach lebhaften Debatten zustande gekommene Bewilligung ist nicht nur ihrer Höhe wegen sondern auch deswegen bemerkenswert, weil die Deckungsfrage noch gar nicht gelöst ist. Im allgemeinen kommt es nicht vor, daß eine badische Stadt eine größere Summe bewilligt, ohne gleichzeitig für Deckung gesorgt zu haben. Der von sämtlichen Parteien gebilligte Beschluß des Heidelberger Bürgerausschusses ist damit zu erklären, daß die erforderlichen Mittel der von der Reichsregierung vorgesehenen Wohnungsbaukredite entnommen werden sollen; diese Wohnungsbaukredite sind zwar noch nicht vom Reichstag genehmigt, doch glaubt man, daß sie in absehbarer Zeit beschloffen werden wird. Immerhin bedeutet die Bewilligung der Vorlagen ein erhebliches Risiko. Man kann jedoch verstehen, daß die Parteien dieses Risiko eingehen, wenn man sich daran erinnert, daß die Wohnungsnot in Heidelberg den Stadtbehörden auf den Fingernägeln brennt, da die Stadt nicht weniger als 2000 Wohnungssuchende aufweist. In sozialpolitischer Hinsicht ist die Ausführung der geplanten Projekte jedenfalls zu begrüßen, da sie einerseits die Wohnungsnot lindern, andererseits aber auch zahlreichen Einwohnern Arbeits- und Erwerbsgelegenheit bringen wird.

### Um die Luftschiffhallen Lahr-Dinglingen und Mannheim.

In der Donnerstags-Sitzung des Hauptauschusses des Reichstags erklärte u. a. Abg. Erising (Hr.): Die Entente machte geltend, daß die Luftschiffhalle in Lahr-Dinglingen nicht Anbauten ihr gehöre. Der badische Landtagsabgeordnete Mager (D. M.) habe, obwohl ihm der Sachverhalt bekannt, sich an die Ententekommission gewandt und den Verkauf der Luftschiffhalle nebst den Wirtschaftsbauten an die Heidelberger Firma Honnef vermittelt. Es sei unerhört, daß ein Abgeordneter eines deutschen Parlaments sich an die Ententekommission wende.

Ministerialdirektor Müller erwiderte: Die Halle wurde nicht von der deutschen Regierung veräußert, sie war nach dem Friedensvertrag Artikel 202 der Entente auszuliefern. Die Entente verkaufte sie sodann auf Abbruch. Nach Ausschreibung der Halle durch die Wiederherstellungskommission kam Mager in das Reichsstaatsministerium und sagte, er wolle für Honnef in Heidelberg die Halle Lahr-Dinglingen kaufen. Ihm wurde erklärt, daß die Entente nicht berechtigt sei, mehr zu verkaufen, als die eigentliche Luftschiffhalle; die Anbauten, Maschinen, Tankanlage usw. gehörten nicht zu den auszuliefernden Gegenständen. Nach dem Kaufschluß kam Mager wieder und sagte, die Kommission habe ihm zugesichert, die Anbauten gehörten doch zum Verkaufsgegenstand. Nach 14 Tagen kam Mager abermals und teilte mit, er habe auch die Halle in Mannheim gekauft, wegen der Anbauten seien ihm die gleichen Zusicherungen gemacht worden. Auch hier waren sie im Vertrag nicht enthalten. In beiden Fällen verhandelte also Mager mit den Kommissionen des Feindbundes über die Hallenanlagen, was er bereits wußte, daß das Reich die Ansprüche der Entente auf diese Anbauten nicht anerkenne. Im Verlauf der weiteren Verhandlungen verzichtete die Entente auf den Anspruch auf die Anbauten in Lahr-Dinglingen. Wegen der Anbauten der Halle bei Mannheim erklärte sich Honnef nachträglich zum Verzicht bereit.

### Zum Überfall in Eberbach.

In einem Teil der Presse wird bei der Besprechung des Überfalls in Eberbach, der durch amerikanische Militärpolizisten erfolgt ist, behauptet, die Amerikaner hätten von deutschen Behörden ausgestellte Ausweise besessen. Wie das BZV. hierzu an zuständiger Stelle erfährt, ist diese Meldung unrichtig. Die Ausweise, die die Amerikaner besaßen, waren ungültig. Weder die deutsche Poststelle noch die Militärpoststelle in Koblenz, die allein zur Ausstellung von Ausweisen berechtigt ist, haben die Genehmigung zu dieser Reise ins unbesetzte Gebiet erteilt.

### Konferenz für alkoholfreie Jugend-erziehung.

Der Badische Landesverband gegen den Alkoholismus veranstaltete vom Donnerstag den 10. bis Samstag den 12. Febr. in Karlsruhe in der Aula des Gymnasiums eine Konferenz für alkoholfreie Jugend-erziehung. Es haben Referate übernommen: Professor Forst-Jülich, Professor Niebergall-Heidelberg, Pfarrer Werner-Karlsruhe, Pfarrsekretär Baumeister-Karlsruhe u. a.

Die Geschäftsstelle des Badischen Landesverbandes gegen den Alkoholismus (Karlsruhe, Poststraße 10), die jede Auskunft über Tagungsplan und Unterkunft erteilt, erhebt auswärtigen Teilnehmern die baren Auslagen bis zum Höchstbetrage von 100 M.

### Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Durch die Forderungsbekanntmachung der Landespreisämter Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz wurden im Monat Dezember 1920 beschlagnahmt: 15 689 kg Mehl, 44 Sack Weizenmehl, 57 496 kg Getreide, 116 kg Jucker, 28 kg Grieß, 242 Liter Milch, 88 kg Butter, 32 kg Rahmöl, 605 Stück Weisbrotchen, 19 528 kg Käse, 1108 kg Grünlern, 75 kg Weisbrot und 136 776 Stück Zigaretten.

LPD. Mannheim, 27. Jan. Mit einem großen Schieberprozeß, der in der Hauptsache in Berlin spielte, hatte sich die Strafkammer zu befassen. Es handelte sich um Schieberungen mit Essigsäureessenzen im Wert von etwa 350 000 M. nach Polen. Angeklagt waren der Händler Moritz Pantowski, der Speibauer Paul Willner aus Berlin, der Oberzolinspektor Karl Victor aus Berlin und der Händler Josef Wehagen aus Bieringow (Polen), wobei auch Pantowski stammte. Im Laufe der Verhandlung ergab sich die Schuldlosigkeit des Oberzolinspektors Victor, der insofern freigesprochen wurde. Willner wurde zu 4 Monaten Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe (6000 M. werden eingezogen) Pantowski zu 4 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, Wehagen zu 3 Wochen Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe verurteilt.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

#### Eisenbahnunfall.

\* In der Nacht vom 27./28. Januar hat in Rastatt der Güterzug Nr. 34201 bei der Ausfahrt in der Richtung Durrmeisheim den aus der Richtung Ettlingen eingehenden Güterzug Nr. 119, dessen hinterste Wagen noch über die Kreuzungswiese hinausragten, gestreift. 3 Wagen sind vollständig und 2 Wagen mit je einer Achse entgleist. Diezüge nach und von Ettlingen mußten über die Güterzuggleise geleitet werden. Am 28. Januar mittags war das Gleis für die Züge nach Ettlingen, gegen Abend auch das andere Gleis für die Züge von Ettlingen wieder befahrbar.

#### Eisenbahn-Berkehrssperre

Aufgehoben sind Annahmesperren für Frachtwagenladungen nach und durch Bezirk Essen sowie nach Köln Eifelort und Abergang. Bestehen bleibt dagegen Annahmesperre für Frachtwagenladungen nach Stationen der Strecke Köln-Chrenfeld-Nachen Note Erde und der Seitenlinien.

Salsburg Ort für Öl- und Frachtwagenladungen mit Ausnahme von Brennstoffen, Lebensmitteln, Düngemitteln, Umzugsgut und leeren Möbelwagen.

LPD. Forstheim, 27. Jan. Die Diebe, die jüngst den schweren Einbruchdiebstahl in einer hiesigen Goldwarenfabrik unternahmen und dabei zwölf Silberblenden entwendeten, sind verhaftet worden; es sind drei in der betreffenden Fabrik angefertigte Personen, darunter der Wächter der Fabrik.

Konstanz, 27. Jan. Die Silberdiebe entfallen bekanntlich an der Grenze eine lebhafte Tätigkeit. Der Wachsamkeit der Grenzpolizei ist es erneut gelungen, einen Schmuggler festzunehmen, als er versuchte, 200 Franken Silber über die Grenze zu bringen. Auch der Schwindel mit Arzneimitteln blüht. So verhandelt ein Schwindler einem Manne ein Patent mit angeblich 1 Mio. Kolon für 6000 M. aufzuhängen. Es stellte sich dann heraus, daß in dem Patent wertloses Zeug war.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Wohltätigkeit und Pressefest.

Für die Veranstaltung, die nun im Programm festgelegt ist, befindet die Öffentlichkeit das größte Interesse, was bei dem im Gang befindlichen Vorverkauf praktisch in Erscheinung tritt. Damit über den Charakter des Festes, dessen Reinerlös der „Kinderhilfe“ und sozialen Einrichtungen der Presse zugute kommt, Klarheit besteht, sei im folgenden noch einiges zur Orientierung mitgeteilt. Es wird unbedingt darauf gesehen, daß bei dem im großen Saale der Festhalle sich abspielenden Kostümbälle nur ganz einwandfreie Kostüme zu sehen sind. Landstreicher und ähnliche Verleumdungen, ebenso als Damen verkleidete Herren werden nicht zugelassen. Das Tragen von Gesichtsmasken ist unbedingt verboten. Im großen Saal ist das Rauchen auf keinen Fall gestattet. Der Besucher hat die Wahl zwischen Wallanzug und Kostüm. Das gilt für Damen und für Herren.

Bei dem Langtournee ist auch der Smoking zugelassen. Ob schon eine größere Anzahl, zum Teil sehr wertvoller Preise für das Langtournee vorhanden ist, kann sich der Opfermann der Wohltätigkeit noch betätigen. Die Zahl der Kennungen läßt auf eine rege Beteiligung schließen, was angesichts der Aussicht, daß Dame und Herr je einen wertvollen Preis erhalten können, zu verstehen ist. Besondere Stätten der künstlerischen Zerstreuung und Unterhaltung werden im Kabarett des Heinen Festballekaales, in der Diele und im Bier-tunnel bei Schrammelmusik geschaffen. Für Kabarett und Diele haben sich anerkannter Kräfte aus dem Gebiet des Humors in freundlicher Weise und eingedenk des wohltätigen Zweckes zur Verfügung gestellt. Die Herren Müller und Esel vom Landesheater werden alles aufbieten, um ihren anerkannten Ruf als Sumoristen zu befestigen. Weiter wirken so hervorragende Kräfte wie Frau Mertens-Becker, Hof-solotänzerin a. D. Allegri, Frä. Ann. Neuffer, Frau Germsdorf

dem Landesheater, Herr Kögel und Gattin Binder zur Seite mit. Mit weiteren Namen von Beliebtheit und Können ist zu rechnen. Im Kabarett wird um 9 Uhr mit einem Unterhaltungskonzert einer Kapelle von Musikern des Landesheaters, die sich bereitwillig zur Verfügung gestellt haben, begonnen. Auch in der Diele wird der Aufenthalt so angenehm wie möglich gestaltet. Hier werden auch Damen aus der Gesellschaft in fleisamen Kostümen das Amt freundlicher Heben übernehmen.

Sämtliche Räume erhalten festliche Ausschmückung, so daß die Besucher auch in dieser Hinsicht befriedigt sein werden. Am Gelegenheit zu geben, das eindrucksvolle Bild von der obersten Galerie zu genießen, wird die erste Reihe vorbehaltene Plätze aufweisen. Die entsprechenden Karten kosten 30 Mark. Jene der linken Seite sind bei Stadtgarteneinsteher Bronner, jene der rechten in der Musikalienhandlung Müller, Kaiserstraße 124a, zu erhalten. Für das Belegen von Plätzen wird pro Stuhl eine Gebühr von 2 Mark erhoben. Diese Plätze werden aber nur bis halb 9 Uhr freigegeben.

Die breite Anlage des Festes dürfte schon aus diesen Angaben hervorgehen. Hier ist der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, den Kindern ein warmes, süßes Herz zu erweisen und gleichzeitig der Presse, die sich aller öffentlichen und sozialen Bestrebungen warm annimmt, Wohlwollen zu erzeigen. Es ist kein Geheimnis, daß die Männer der Feder über dem Eintreten für die Interessen ganzer Schichten der Bevölkerung ihre eigenen sozialen Misse etwas in den Hintergrund haben geraten lassen. Mit der Veranstaltung soll nun auch hier Wandel und ein Fond geschaffen werden, der es ermöglicht, Einrichtungen humaner Art näher zu treten. Nicht zuletzt war es ja die Presse in ihrer Gesamtheit, die alle Aktionen auf Förderung des Kinderlebens energisch förderte und zum Gelingen führte. Ein Besuch des Wohlwollens- und Pressefestes ist also die Bekundung von Sympathie für die Pressewelt und alle, die in ihr beruflich aufgehen.

Die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten soll bis zum 18. Februar verlängert werden, um sie noch mehr als bisher weiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Sie ist entschieden das Interessanteste und Belehrendste, das Karlsruhe im Augenblick bietet. Sie öffnet uns die Augen über die ungeheure Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und die mannigfachen Arten, in denen die Übertragung stattfinden kann. Ist doch schon das Trinken aus gemeinsamem Glase, das fortgeworfene Zigarettenstummel, die Rindertrompete und das Blasrohr zum Träger des Giftes geworden, vor dem gerade die Unschuldigen vor allem geschützt werden müssen. Dazu aber ist Kenntnis der Gefahr notwendig. Andererseits tritt die Ausstellung dem hohlen Sinn unserer Tage in sexuellen Dingen wirkungsvoll entgegen. Aber sie zeigt auch, was ärztliche Kunst gegen diese Seuchen vermag und wie unendlich wertvoll eine frühe Beratung in diesen Fällen ist. Gerade für die reifere heranwachsende Jugend ist der Besuch der Ausstellung sehr zu empfehlen. So hat das badische Ministerium des Kultus und Unterrichts in richtiger Würdigung der Wichtigkeit dieser Fragen die Direktionen ermächtigt, den Schülern der Prima und der beiden obersten Seminarurse, soweit deren Eltern keine Einwendungen erheben, Gelegenheit zum Besuch der Ausstellung zu geben. Diese Besuche sollen stets unter ärztlicher Führung stattfinden. Die hiesigen Fachärzte haben sich zu diesen Führungen, die täglich wenigstens einmal stattfinden, zur Verfügung gestellt. An den Freientagen am Freitag führen Frauenärzte. Auch Frä. Dr. Leiter hat Gruppen von jungen Mädchen geführt wie z. B. die soziale Frauenschule und die Helferkinnen. Diese Unterführungen können jederzeit mit der Ausstellungsgesellschaft vereinbart werden. Sie bieten eine Fülle von Belehrung und sind von dem hohen Ernste getragen, der diese Fragen kennzeichnet. So ist der Besuch der in der Ausstellungshalle untergebrachten Ausstellung jedermann lebhaft zu empfehlen.

### Badische Gemeindefchau.

LPD. Sagnau a. B., 25. Jan. Gemeinderat Richard Kinzer wurde hier mit 183 gegen 167 Stimmen zum Bürgermeister unserer Gemeinde gewählt.

LPD. Baden-Baden, 27. Jan. Zur Deckung des vorausgesetzlichen Fehlbetrags im Haushaltsplan der hiesigen Klassen von 1920 wird laut Stadtratsbeschluss die Erhebung einer Umlage von 67 M. auf 100 M. Steuerwert der Liegenschaften und des gewerblichen Betriebsvermögens erforderlich. Von einer Besteuerung der reichsteuerfreien Einkommen wird abgesehen. — Der hiesigen Gemeinnützigen Baugenossenschaft wird ein Kredit bis zu einer halben Million eingeräumt.

LPD. Heidelberg, 27. Jan. Der Bürgerausschuß tagte gestern nochmals, um über die Anschaffung eines kleineren hiesigen Sägewerks zu beraten, wie es in Baden bereits die Städte Forstheim, Baden-Baden und Freiburg besitzen. Die Vorlage, die 200 000 M. forderte, wurde mit 58 gegen 49 Stimmen angenommen.

LPD. Abergangen, 27. Jan. Vor einiger Zeit spielte sich im hiesigen Gemeinderat ein Konflikt zwischen dem Bürgermeister und dem sozialdemokratischen Gemeinderat Häusle ab, in dessen Verlauf der Gemeinderat das Mitglied Häusle von seinen Sitzungen ausschloß, zugleich auch die Entlassung Häusles aus dem Gemeinderat beantragte. Der Bezirksrat hat sich nun mit der Angelegenheit befaßt und nach 13tündiger Verhandlung auf Grund des § 36 der Gemeindeordnung die Entlassung Häusles aus dem Gemeinderat verfügt, weil die bestehenden Bewürfnisse die Dienstführung des Gemeinderats vereitelten. Der Bezirksrat stellte jedoch fest, daß Häusle seinen Kampf gegen den Bürgermeister in gutem Glauben geführt habe. Die Kosten des Verfahrens wurden der Stadt auferlegt, da diese den Antrag auf die Entlassung Häusles gestellt hatte.

LPD. Kleinlaufenburg, 27. Jan. Der Gemeinderat beschloß, Frau Godmann auf dem Schloß zur Ehrenbürgerin von Kleinlaufenburg zu ernennen. Frau Godmann, der Staatsangehörigkeit nach Bürgerin der Vereinigten Staaten, hat seit vielen Jahren regen Anteil an dem Leben und der Entwicklung der Stadt genommen.

LPD. Konstanz, 27. Jan. Dem Bürgerausschuß sind für seine nächste Sitzung mehrere wichtige Vorlagen zugegangen. Darunter befindet sich die Anschaffung von Wellenbrechern mit einem Aufwande von 170 000 M. und die Erhöhung der Feuerungsanlagen für die hiesigen Arbeiter, die einen Mehraufwand von 415 000 M. ausmachen. Eine weitere Vorlage betrifft die Reuerrichtung der Feuerwiderstandanlage mit einem Kostenaufwand von 400 000 M. Hierzu sind aber Zuschüsse im Betrag von etwa 250 000 M. gesichert und außerdem kommt die Wache auf dem Münstermarkt in Wegfall, so daß sich der Aufwand sehr erheblich verringert. — Vom 1. Februar ab soll der Lichtstrompreis von 2,20 bis 2,50 M. und der Kraftstrompreis von 0,55 auf 1,20 M. für die Kilowattstunde erhöht werden. — 190 hier lebende Veteranen von 1866 und 1870 erhalten anlässlich des Reichsgründungstages Ehrengaben.

# Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 13. Januar d. J. den Handelslehrer Otto Zimmermann an der Handelsschule in Karlsruhe auf sein Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 24. Januar d. J. die frühere elsäss.-lothringische Mittelschullehrerin Fräulein Mathilde Gohapp mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 als zur Oberverwaltungssekretärin beim Kreis Schulamt Bruchsal ernannt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Schwarzach, Dekanats Odersweier, ernannte Pfarrer Karl Reist, bisher Pfarrer in Blumberg, wurde am 19. Dezember 1920 kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Feldkirch, Dekanats Dreifach, ernannte Pfarrer Albert Schwende, bisher Pfarrer in Gröbheim, wurde am 26. Dezember 1920 kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Adorf, Dekanats Stühlingen, ernannte Pfarrer Stephan Wöhrig, bisher Vikar in Siegelhausen, wurde am 23. Dezember 1920 kirchlich eingesetzt.

Das Ministerium des Innern hat den Verwaltungsaktuar Karl Mecke beim Bezirksamt Konstanz unter Ernennung zum Oberverwaltungssekretär planmäßig angestellt.

Den Pensionsverein in Mannheim betr.

Der „Pensionsverein in Mannheim“ für Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen, dem unterm 7. Oktober 1898 die Körper-

schaftsrechte verliehen worden sind, hat sich mit unserer Genehmigung am 22. Oktober 1920 aufgelöst.

Karlsruhe, den 24. Januar 1921.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Der Ministerialdirektor:

Schmidt.

Baumgart.

## Bekanntmachung.

Die Außenhandelsstelle Die und Fette, Berlin, Kurfürstenstraße 79, hat in Karlsruhe l. B., Kaiserstraße Nr. 26 III, eine eigene Vertretung errichtet und zu ihrem Vertreter Herrn Hans Rißling benannt. Aufgabe dieser Vertretung ist es, die bei dem Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung, bezw. bei ihr einlaufenden Ein- und Ausführerträge im Einbernehmen mit dem Herrn Delegierten nach den Richtlinien der Außenhandelsstelle Die und Fette zu bearbeiten.

Ferner erteilt die Vertretung sämtliche Auskünfte über Ein- und Ausführerträge, soweit sie das Gebiet der Öl- und Fettwirtschaft betreffen.

## Ernennungen, Verlegungen, Zurückverlegungen etc.

der planmäßigen Beamten

sowie

Ernennungen, Verlegungen etc.

von außerplanmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Berufen wurde:

Hilf. Alfred Mayer an der Wärmerschule in Furtwangen, Amts Kreisberg, in gleicher Eigenschaft an die Gewerbeschule in St. Georgen,

Amts Willingen; Unterlehrer Axel Krauber an der Gewerbeschule in Emmendingen in gleicher Eigenschaft an die gewerbliche Fortbildungsschule in Lauda.

Aus dem Bereiche des Justizministeriums.

Ernannt:

Amtsgehilfe Raimund Debatin beim Notariat I-IV in Freiburg zum Hausmeister bei den Notariaten I-IV und V-VII daselbst.

Berufen:

Kanzleihilf Georg Dietrich beim Landgericht Heidelberg aus Staatsanwaltschaft Heidelberg und Kanzleihilf Ferdinand Hager beim Amtsgericht Neß zum Notariat Neß.

Beamtenverlegungen:

den Kanzleihilfen Franz Ehrhard bei der Erziehungsanstalt Siegingen und Jakob Gak beim Notariat Siegingen.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

Planmäßig angeheilt:

die Kanzleihilfen: Franz Dornier beim Bezirksamt Weinheim, Karl Hölzer beim Bezirksamt Mühlheim, Hermann Madach beim Bezirksamt Stodach und Paul Rebellius beim Bezirksamt Baden als Kanzleihilfen.

## Verwaltungshof.

Planmäßig angeheilt:

Maschinenwärter Julius Huber bei der Zell- und Pflanzanstalt bei Konstanz als Maschinist; Maschinenwärter Albert Waber bei der Zell- und Pflanzanstalt Emmendingen als Maschinist; Maschinenwärter Georg Kamberlin bei der Zell- und Pflanzanstalt bei Konstanz als Maschinist.

Aus dem Bereiche des Arbeitsministeriums.

Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Die Beamtenverlegungen:

den Straßenmeisterassistenten: Ludwig Gackisch in Mosbach, Wilhelm Gimmelt in Forstheim, Ludwig Werfel in Forstbach.

Sonntag, den 30. Januar 1921:

Landestheater. Konzerthaus.

Die Zauberflöte. Fräulein Witwe Scharmütz.

7 bis geg. 1/10 Uhr. M. 11.

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

J. 788

Landestheater, Mcn'tag, 31. Januar, 7 bis 9.30 Uhr. Mk. 6.

4. Sinfoniekonzert

des Landestheaterorchesters.

Dirigent: Fritz Corteleza.

Solistin: Frau Ernestine Färber-Strasser aus München.

Vortragsfolge: 1. Schrecker: Kammermusik (zum erstenmal in Karlsruhe). — 2. Lieder, mit Klavierbegleitung. — 3. Gustav Mahler: Dritte Sinfonie für Altsolo, Frauen- und Knabenchor (zum erstenmal in Karlsruhe).

### Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe

Friedrichsplatz 1, Eingang Ritterstraße  
Fernsprecher: Für Ortsverkehr Nr. 30, 402 u. 506  
Für Fernverkehr Nr. 4901-4904

### BBC Elektrische Licht- u. Kraftanlagen

für Haus, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft im Anschluß an das städt. Leitungsnetz  
Lieferung sämtlicher elektrischer Materialien  
BROWN, BOVERI & CO. AKTIENGESELLSCHAFT  
Abteilung Installationen  
Büro KARLSRUHE  
Ettlingerstr. 59 Fernspr. 750, 775

### Badischer Eisenbahner-Kalender

Zwölfter Jahrgang 1921  
Herausgeber August Haefner, Rechnungsrat  
Preis 4 8.—  
Neben dem Befoldungsgehalt und verschiedenen, aus Anlaß der Verzeihung entstandenen Geschenken und Verordnungen aller Art für Beamte und Arbeiter enthält der Kalender ein vollständiges Verzeichnis der obersten Beamten des Reichsverkehrsministeriums, des Reichszentralamts und der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe nach dem neuesten Stand und der Dienstaltersfolge. Ganz besonders reichhaltig ist die Zusammenstellung der aus Anlaß der Verzeihung in überaus großer Anzahl notwendig gewordenen Gesetze und Verordnungen des Reichs, der obersten Reichseisenbahnverwaltung und der Eisenbahngeneraldirektion, wie sie in den Reichs-, Bundes- und Nachrichtenblättern erschienen sind. Durch kurze Stichworte sind die legislativ gefassten Artikel übersichtlich und leicht auffindbar angegeben. Ein sicherer, unentbehrlicher Führer in der Hochflut der Vorschriften. Auch sonst ist viel Wissenswertes für d. Befoldungsgruppen enthalten. Eingetretene literarische Beiträge bereichern noch den Inhalt.  
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden, 14 Karlsruherstraße 14

### Ausstellung

77. - Jubiläum der Geschlechtskrankheiten  
Karlsruhe, Städtische Ausstellungshalle  
Täglich für Frauen und Männer geöffnet von 10-7 Uhr.  
Freitags nur für weibliche Besucher.  
Arztl. Führungen jeden Werktag 4, 6 Uhr.  
Sonntags 11 Uhr.  
Eintrittspreis 2.- einschl. Städt. Einlassgebühr.

### Gemeinde-Darlehen

durch Ellwanger & Geiger  
Stuttgart, Hirschg. 39

### Preuß.-Glück. Klassen-Lotterie

Wetten, Wettstein, Bad. Lotterie-Einnehmer, Karlsruhe, Kronenstr. 66, Postfachkonto 27462.

### Das Murgkraftwerk

Maßgebende Gesichtspunkte beim Bau elektrischer Wasserkraft-Anlagen  
Von Dr. Hans Schutzer  
Preis Mk. 6.40  
Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

### Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
B. 658.2.1. Karlsruhe. Die Kaufmann Oscar Krueberger Ehefrau Rosalinde geb. Schärer in Karlsruhe, Wochstraße 52, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwält O. Steinel, hier, klagt gegen ihren genannten Ehemann, zuletzt in Karlsruhe, Wochstraße 52, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund der §§ 1565 und 1568 B.-G.-B. mit dem Antrage auf Scheidung der am 8. November 1906 zu Karlsruhe geschlossenen Ehe der Streitteile aus Verschulden des Beklagten.  
Klägerin läßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die IV. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Mittwoch, den 6. April 1921, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen

### Konkursverfahren

B. 659. Bruchsal. Über das Vermögen der Firma Franz Anton Decker & Co. in Bruchsal hat das Amtsgericht Bruchsal heute am 27. Januar 1921, nachmittags 12<sup>1/2</sup> Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin zahlungsunfähig geworden ist. Der Rechtsanwält Stoeckert in Bruchsal ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 17. Februar 1921 bei dem Gerichte anzumelden.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.

### Verkauf

B. 632.2.2. Neffrich. Die ledige Berta Fröhlich in Neffrich hat beantragt, ihren seit Oktober 1888 verstorbenen Bruder, Schmiedemeister Otto Fröhlich, geboren am 18. November 1864, zuletzt wohnhaft in Neffrich für tot zu erklären.